Abend-Ausgabe

77. Jahrgang. Nr. 29 — Dienstag, 17. Januar 1933

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 58 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1mal wöchentlichem Bezug. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. allg. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Reichstagsausschüsse treten zusammen

Eine Rede Syrups über den Arbeitsdienst

Berlin, 17. Januar. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Brauns (Z.) wieder zusammen, um die Fragen des Arbeitsdienstes zu beraten. Diesen Beratungen lag ein Antrag der Nationalsozialisten zugrunde, der die Reichsregierung auffordern will, durch Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes zur allgemeinen gleichen Arbeitsdienstpflicht der deutschen Jugend die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das Zentrum ersucht die Regierung, bei der Durchführung des FAD. darauf zu achten, daß unter Wahrung der natürlichen Werte und Bindungen an Familie, Religion und Heimat der freiwillige Arbeitsdienst eine freiwillige Aktion der Jugend bleibt, und daß bei der Durchführung der Lager die Selbstverwaltung und Selbstgestaltung des Arbeitsdienstes durch die Träger des Dienstes unter stärkster Berücksichtigung des Eigenlebens der Jugendverbände gesichert wird.

Reichsarbeitsminister Dr. Syrup

leitete die Beratungen mit einem Bericht über die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiet des FDA. ein.

Er wies darauf hin, daß wir rund 1 Million männliche und 400 000 weibliche Arbeitslose unter 25 Jahren haben. Es handele sich da also nicht um Einzelschicksale, sondern um

das Schicksal ganzer Altersklassen.

Und zwar treffe dieses Schicksal nicht nur die Lehrlinge, sondern auch die Abiturienten, die ratlos vor der Berufswahl ständen, die Jungakademiker und die zweiten und dritten Bauernsöhne. Die Arbeit des FAD. müsse in erster Linie zweckvoll sein, damit die jungen Leute in ihr Befriedigung fänden. Ferner sollen die Arbeiten gemeinnützig und zusätzlich sein. Es dürften nicht Arbeiten ausgeführt werden, die normaler Weise den freien Arbeitsmarkt entlasten müßten; denn das würde zu Konflikten zwischen verheirateten und jugendlichen Arbeitslosen führen. Infolgedessen habe sich ein bestimmter Kreis von Arbeiten herausgebildet, und zwar im wesentlichen langfristige Kulturarbeiten, bei denen ohne Großgeräte gearbeitet werden kann, nur primitiv mit Hacke und Schaufel. Groß sei auch

die erzieherische Bedeutung der Arbeit.

Es habe sich gezeigt, daß für männliche Jugendliche die geschlossenen Lager geeignet sind, bei denen auch die Möglichkeit zur Uebernachtung besteht, während die weiblichen Jugendlichen im allgemeinen abends zu ihren Familien entlassen werden. Im Mittelpunkt des Arbeitsdienstes stehe die Arbeit. Die daneben gepflegte sportliche Betätigung mache keine Schwierigkeiten. Jeder Arbeitsdienstwillige bedeute eine finanzielle Belastung von 1000 Mark im Jahre. Davon entfallen drei Fünftel auf den Reichsfundus, zwei Fünftel auf die Träger der Arbeit. Eingestellt wurden sowohl Bezieher von Arbeitslosenunterstützung als auch Krisen- und Wohlfahrtsunterstützte. Aber während der Dauer des Arbeitsdienstes ruhe die Unterstützung.

Bis zum 20. Dezember 1932 seien 48 Millionen Mark für den FAD. ausgegeben worden. Auf neue Anforderungen hin seien dann weitere 25 Millionen bereitgestellt worden.

Syrup ging dann auf das Problem der Arbeitsdienstpflicht ein. Wer garantiere dafür, daß ein junger Mensch, der einen Arbeitsplatz hatte, nach Ableistung seines Dienstjahres ihn wiederbekomme? Wie solle man ferner für so viele junge Leute genug Arbeit beschaffen, zumal der Arbeitsdienst nicht nur ein Jahr lang durchgeführt werden solle? Gerade die Freiwilligkeit bilde die Kameradschaft. Zwangsweise Einfügung von Leuten in die Lager müsse die Kameradschaft sprengen.

*

Berlin, 17. Januar. Im Haushaltausschuß des Reichstages wurde am Dienstag die große finanz- und wirtschaftspolitische Aussprache fortgesetzt, und zwar besonders über die Wirtschaftspolitik im Anschluß an eine Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold, der den Ausschußberatungen beiwohnte. — Die Aussprache eröffnete Abg. Dr. Hilferding (Soz.), der auf die Bedeutung der internationalen Wirtschaftspolitik der Zukunft hinwies und in diesem Zusammenhang Ausführungen des Ministers über die Agrarkrise vermißte. Das bisherige System der Zollerhöhungen, Subventionen und des Protektionismus sei auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten und führe auch nicht den erhofften Erfolg herbei. Nur eine steigende Kaufkraft könne zu einer Rentabilität der Veredelungswirtschaft führen.

Der deutsch-schwedische Handelskonflikt

Stockholm, 17. Januar. Alle Stockholmer Morgenzeitungen brachten am Montag Unterredungen mit dem Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Herle. Dr. Herle erklärte, daß die deutsche Wirtschaft die alten guten Beziehungen zu Schweden aufrechtzuerhalten wünsche und daß es grundfalsch sei, den Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen als Anfang eines deutsch-schwedischen Handelskrieges zu bezeichnen. Das beste für beide Länder sei natürlich ein neuer Vertrag. Wenn dieser nicht zustande käme, könnte doch trotzdem ein freundschaftlicher Warenaustausch stattfinden wie bisher. Dr. Herle ging in diesem Zusammenhang auch auf die Schwierigkeiten der deutschen Land- und Forstwirtschaft ein und nannte als bezeichnendes Beispiel, daß der preußische Fiskus aus den Staatswäldern statt eines früheren Gewinns von 80 Millionen Mark einen Verlust von 30 Millionen Mark in Kauf nehmen müßte. Die Ausführungen Dr. Herles haben wesentlich zur Beruhigung der Stimmung beigetragen.

*

Von Berliner zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß keinerlei Gefahr eines Zollkrieges mit Schweden besteht. Auch in den Ausführungen der schwedischen Presse wird der Auffassung Ausdruck gegeben, daß es zu keinem Zollkrieg kommen wird.

England als Nutznießer?

London, 17. Januar. Der Stockholmer Berichterstatter der „Times" weist auf die Bedeutung hin, die man in Schweden dem Zusammenbruch der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland beimesse. Alle Leitartikel der Zeitungen zögen aus dem Zusammenbruch denselben Schluß, nämlich, daß die Rückorientierung der schwedischen Handelspolitik von Deutschland nach England die kurz nach dem Verlassen des Goldstandards in England eingesetzt habe, unvermeidlicherweise verstärkt werden müsse. Die energische Stellungnahme der schwedischen Vertreter in Berlin findet den allgemeinen Beifall. Der Berichterstatter fügt dann hinzu, daß die bereits vor Weihnachten eingeleiteten englisch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen Ausgang Februar wieder aufgenommen werden.

Entscheidende Beratungen über das Reichsehrenmal

Berlin, 17. Januar. Das Preisrichterkollegium der Stiftung Reichsehrenmal tritt morgen Mittwoch zu der entscheidenden Beratung über die Entwürfe für das Reichsehrenmal zusammen. Sämtliche an dem engeren Wettbewerb beteiligten 20 Künstler haben ausgearbeitete Entwürfe eingesandt. Den Vorsitz im Preisgericht führt Ministerialdirigent Dr. Doehle. Die Beratungen werden durch eine Reise nach Bad Berka unterbrochen werden, um an Ort und Stelle die etwa erforderlichen Feststellungen zu treffen. Die Entscheidung des Preisrichterkollegiums ist nicht vor Ende nächster Woche zu erwarten. — Die Stiftung ist in ihrer Entschließung an den Vorschlag des Preisrichterkollegiums nicht gebunden, doch besteht die Absicht, diesem Vorschlag tunlichst zu entsprechen.

Drei Spione in Polen zum Tode verurteilt

Warschau, 17. Januar. In Pubig fanden zwei Spionageprozesse vor Ausnahmegerichten statt. Der Bootsmann Klopotowski wurde vom Marinegericht und der Mühlenbesitzer Priebe sowie der aus Danzig stammende Kaufmann Koch vom Bezirksgericht zum Tode verurteilt. Das Urteil gegen Klopotowski wurde bereits vollstreckt.

Die Opposition der Bauernschaft

Berlin, 17. Jan. Die Brandenburgische Landwirtschaftskammer eröffnete heute ihre 47. Hauptversammlung. Zu Beginn teilte der langjährige Präsident der Landwirtschaftskammer, Rittergutsbesitzer von Oppen (Dannenwalde), mit, daß er seinen Eintritt in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei vollzogen habe. Dies sei ihm nun von einem Teil der Kammermitglieder als ein Schritt ausgelegt worden, den er aus Ehrgeiz getan habe. Es sei ihm nicht gelungen, diese Ansicht zu berichtigen. Er werde daher nach Erstattung des Jahresberichtes und der Rechnungslegung sein Amt zur Verfügung der Kammer stellen.

Präsident v. Oppen hielt dann eine programmatische Eröffnungsrede, in der er sich die Forderung des Reichslandbundes zu eigen machte und sich stark gegen das Kabinett Schleicher wandte.

Die Kammer nahm dann eine Entschließung an, in der gesagt wird, daß sich die Brandenburgische Landwirtschaftskammer die von den landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen zur Rettung der deutschen Landwirtschaft erhobenen Forderungen zu eigen macht.

Freiherr v. Lüninck mit dem Reichslandbund solidarisch

Köln, 17. Januar. Freih. v. Lüninck, der Vorsitzende der Vereinigung des rheinischen Bauernvereins und des rheinischen Landbundes, nimmt im „Westdeutschen Beobachter" zu dem Konflikt mit dem Reichslandbund Stellung und wendet sich vor allem gegen die „Sprache des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der ihm nahestehenden Presse", die er als „ebenso ungerecht wie anmaßend" bezeichnet. Zum Schluß seiner Ausführungen schreibt Freih. v. Lüninck unter anderem: „Seit Jahr und Tag hat die deutsche Landwirtschaft der Reichsregierung wirtschaftliche Vorschläge unterbreitet. Alle bisherigen Reichsregierungen haben trotz dieser Vorschläge im entgegengesetzten Sinne nach den Rezepten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und ihrer Exponenten im Reichswirtschafts- und Reichsaußenministerium regiert. Die berechtigte Empörung und Erbitterung der ganzen deutschen Landwirtschaft wird in den kommenden Wochen vielleicht noch weitere Ausbrüche zeitigen. Die Verantwortung dafür tragen nicht jene Männer, die jahrelang gewarnt und Wege zur Wirtschaftsbesserung gewiesen haben, sondern jene, die diese Maßnahmen in den Wind schlugen."

Bayrische Hilfsvorschläge

München, 17. Jan. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, hat zur Hebung der schwer daniederliegenden bayrischen Milchwirtschaft die bayrische Regierung bei der Reichsregierung verschiedene Maßnahmen wirtschafts- und kreditpolitischer Art in Vorschlag gebracht, die im Rahmen der allgemeinen handels- und zollpolitischen Forderungen sofort durchgeführt werden sollen.

Reichsrats-Vollsitzung am Donnerstag

Berlin, 17. Jan. Der Reichsrat hält am Donnerstag seine nächste Vollsitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen, unter anderem ein Gesetzentwurf über das internationale Abkommen zur Beschränkung der Herstellung der Betäubungsmittel, ein Gesetzentwurf über Lohnschutz in der Heimarbeit, sowie die Verordnung über ausländische Arbeitnehmer.

Die innerpolitische Lage unverändert

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 17. Jan. Die innerpolitische Situation hat im Laufe des Dienstagvormittag keine Veränderungen erfahren. Reichskanzler v. Schleicher hat zwar seine Fühlungnahmen fortgesetzt — u. a. wird von telephonischen Verbindungen des Reichskanzlers nach Weimar gesprochen, wo sich bekanntlich Adolf Hitler aufhielt, der inzwischen Weimar verlassen haben soll, um gegen Abend in Berlin einzutreffen —, doch scheinen diese Fühlungnahmen am Stand der Dinge nichts geändert zu haben. Die von offiziösen Stellen ausgegebenen Mitteilungen, daß, wenn sich jetzt der Konflikt nicht vermeiden ließe, mit Neuwahlen bereits am 19. Februar zu rechnen sei, wird man, solange bis die Fühlungnahmen zwischen Regierung und NSDAP. mit einem klaren Ergebnis beendet worden sind, als ein Druckmittel auf die Nationalsozialistische Partei anzusprechen haben. An dem Standpunkt der Regierung, die Krise wenn nur irgend möglich zu vertagen und Neuwahlen nicht gerade in die Zeit der Genfer Kämpfe um die Gleichberechtigung fallen zu lassen, hat sich bisher noch nichts geändert. Ueber die gestrige Unterredung des Reichskanzlers mit dem Zentrumsführer Kaas erfährt man noch, daß Kaas den Umbildungsplänen Schleichers ziemlich skeptisch gegenübergestanden haben soll. Man hält es deshalb in politischen Kreisen auch nicht für wahrscheinlich, daß schon vor etwaigen Neuwahlen eine Umbildung des Kabinetts vorgenommen würde. Vielmehr würde eine solche dann solange hinausgeschoben werden, bis der neue Reichstag gebildet ist.

Klepper geht in die Privatwirtschaft

Berlin, 17. Jan. Der Finanzminister des preußischen Kabinetts Braun, Dr. Klepper, beabsichtigt, in kurzer Frist zurückzutreten, um sich in das private wirtschaftliche Leben zurückzuziehen. Ministerpräsident Braun habe als Nachfolger Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer in Aussicht genommen.

Der Reichsjustizminister bei Hindenburg. Der Reichspräsident empfing Dienstag früh den Reichsminister der Justiz Dr. Gürtner zum Vortrag über die auf dem Gebiete des Vollstreckungsschutzes geplanten Maßnahmen. Die Verordnung wird Mittwoch abend veröffentlicht werden.